

17. Wahlperiode

## Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

### **Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln (V) – Internationale Zusammenarbeit und Dialog**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

#### *Dialog und internationale Zusammenarbeit*

Das Land Berlin verurteilt jegliche Art von Diskriminierung und Hassgewalt sowie von Homo- und Transphobie. Das Land Berlin setzt sich zudem für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Städten ein, mit denen Berlin eine Städtepartnerschaft betreibt.

- a) Um Berlin weiterhin als eine Hochburg des internationalen queeren Tourismus zu stärken, ist die Zusammenarbeit mit der Berlin Tourismus und Kongress GmbH („visit Berlin“), der Tourismusbranche und gastronomischen Einrichtungen zu intensivieren. Der Senat soll darauf hinwirken, dass visit Berlin seine Strategie im Bereich des queeren Tourismus ausbaut und weitere mehrsprachige Informationsmaterialien bereitstellt sowie Onlineinformationen über LSBTI-Veranstaltungen und -Orte über [www.berlin.de](http://www.berlin.de) zugänglich macht. Eine Vernetzung zum Beispiel über das Netzwerk der Internationalen Regenbogenstädte im Bereich des queeren Tourismus ist anzustreben.
- b) Der Senat setzt sich dafür ein, dass wichtige internationale LSBTI-Großevents von der Verwaltung durch eine kooperative, rechtzeitige Kommunikation und Planungssicherheit unterstützt werden. Zudem werden die Bezirke dazu ermuntert, eigenständig Angebote im Rahmen der „Prideweeks“ zu machen und die Veranstaltungen (insbesondere die Großveranstaltungen) aktiv zu fördern und zu begleiten.

- c) Berlin verstärkt die Zusammenarbeit und den Austausch mit Bundesländern, die ähnliche Aktionspläne wie die Initiative Sexuelle Vielfalt besitzen. Verbesserungen sind nach einem Best-Practice-Prinzip vorzunehmen. Gegenüber der Bundesregierung setzt sich das Land Berlin für einen bundesweiten Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein. Es ist zu prüfen, ob durch eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit von Bund und Ländern Synergieeffekte zu erzielen sind. Der Senat verstärkt auch die Zusammenarbeit und den Austausch mit anderen europäischen Regionen und den Mitgliedstaaten und fordert die Bundesregierung über entsprechende Anträge etc. auf, sich auf EU-Ebene stärker für LSBTI Rechte stark zu machen. Darüber hinaus prüft der Senat, wie er auch auf europäischer Ebene die Idee der sog. LGBT Road Map unterstützen kann.
- d) Den Evaluationsergebnissen der ISV folgend ist der Runde Tisch „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ ggf. fortzuführen und auszubauen. Die Vernetzung mit dem Bündnis gegen Homophobie wird angeregt.
- e) Der Senat setzt sich im Rahmen des geltenden Aufenthaltsrechts für ein sicheres Bleiberecht von Menschen ein, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität in ihrem Heimatland verfolgt werden. Dazu dient etwa die Sensibilisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, um eine Verbesserung der Entscheidungspraxis zu erreichen.
- f) Der Senat nimmt den 17. Mai (Internationaler Tag gegen Homo- und Transphobie) eines jeden Jahres zum Anlass, um auf die Situation von LSBTI öffentlichkeitswirksam aufmerksam zu machen. Eine stärkere Zusammenarbeit mit den Bezirken ist in diesem Zusammenhang zu prüfen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2016 zu berichten.

Berlin, 14. Juni 2016

Saleh Schreiber  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD

Graf Evers  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU